



# Regierungserklärung zur Streikfrage.

Warum wird nicht verhandelt?

Amlich, Berlin, 1. Februar. Gegenüber den Arbeits-einstellungen in Groß-Berlin hat die Regierung von vornherein den Standpunkt vertreten, daß sie nicht in der Lage sei, mit einem von streikenden Arbeitern ohne jede gesetzliche Grundlage gewählten „Arbeiterrat“ in Verhandlungen über politische Fragen einzutreten. Dagegen hat sie stets ihre Bereitwilligkeit bekundet, die Lage mit den politischen und gewerkschaftlichen Führern der Arbeiterchaft zu erörtern. Diesen Grundgedanken hat am gestrigen Tage auch der Reichskanzler bei einer

Besprechung mit den Abgeordneten Bauer und Schmid Ausdruck gegeben. Er erhielt indessen bald darauf ein von den Abgeordneten Ebert, Gansse, Ledebour und Scheidemann unterzeichnetes Telegramm, worin diese ermahnen, zusammen mit fünf Funktionären der Gewerkschaftsorganisation, die von den Streikenden als ihre Vertreterspersonen bezeichnet worden seien, vom Kanzler empfangen zu werden, und zwar zunächst zur Erörterung des Versammlungswahlrechts. — Da dieses Ersuchen mit der oben dargelegten grundsätzlichen Stellungnahme der Regierung nicht in Einklang zu bringen war, ließ der Reichskanzler mit dem Vorschlag erwidern, daß an der gewünschten Besprechung je zwei Vertreter der beiden sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen und der Generalkommission der Gewerkschaften teilnehmen sollten. Er stellte zugleich anheim, den Leitern der gewerkschaftlichen Organisation zu ihrer Unternehmung noch drei andere Vertreter der Gewerkschaften beizugeben.

Die Gegenseite ging jedoch darauf nicht ein, sondern schlug nunmehr vor, die Abordnung aus je zwei Vertretern der beiden Reichstagsfraktionen und aus drei in dem oben erwähnten Telegramm bezeichneten Gewerkschaftsfunktionären zusammenzusetzen. Unter den beiden Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sollte sich der Abgeordnete Bauer befinden, der zwar der Generalkommission der Gewerkschaften angehört, jedoch als Vertreter der Parteileitung an der Besprechung teilnehmen sollte. Die vom Reichskanzler vorgeschlagene Zuziehung besonderer Vertreter der Gewerkschaftsleitung sollte mithin unterbleiben.

Der Reichskanzler konnte sich mit diesem Vorschlag nicht einverstanden erklären, da die so zusammengestellte Abordnung sich wiederum als eine von der Streikleitung bewußtlich betriebene Vertretung der streikenden Arbeiter darstellte und nicht als Vertretung der Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit. Infolgedessen hielt der Reichskanzler an der Antwort fest, die er auf das erwähnte telegraphische Ersuchen gegeben hatte. Von der Gegenseite wurde jedoch erklärt, daß unter diesen Umständen auf den Empfang der Abordnung verzichtet werde. — Wie der geführte Sachverhalt ergibt, ist die Regierung jederzeit bereit, berechnete Vertreter der weitestgehenden Bevölkerung zu empfangen und mit ihnen zu beraten. Als Bedingung für solche Verhandlungen stellt sie die Abordnung aller Fraktionen an, außerdem für die Erörterung der besonderen, die Berufsinteressen der Arbeiter betreffenden Fragen auch die Vertreter der verschiedenen gewerkschaftlichen Verbände. — Die muß es aber als unvereinbar mit dem Wesen unserer staatlichen Ordnung ansehen, über politische Lebensfragen des ganzen Volkes mit Vertretern solcher Sondergruppen zu verhandeln, die durch Niederlegen der Arbeit in Zeiten unvorhersehbarer Not den Beweis dafür liefern, daß sie den Ernst ihrer schweren Verantwortung als Glieder der Gesamtheit des deutschen Volkes nicht erkennen.

## Aus dem Reich.

Bremen, 31. Januar. (W. T. V.) Auf der Werft der Maschinenbau- und Metallwerke hat heute morgen ein kleiner Teil der Arbeiter die Arbeitshütte verlassen. Der Arbeiterausschuß hat bisher die Besetzung nicht angefordert und ihr keine Wünsche nicht geäußert. Die Werft wird unter militärischer Leitung gehalten. Auf den Hansa-Werften ist der Arbeiterausschuß mit der Leistung in Verhandlungen eingetreten.

## Scharfmacherische Massenpsychologie.

Wir kennen Sie von früheren Gelegenheiten her: der bekannte „festsitzende Arbeiter“, den irgendein Reporter einmal erwidert haben wollte, mußte jahreslang der Scharfmacherpresse als Hauptbeweisstück für die Verschwendungssucht der Massen und die angeblich viel zu hohen Löhne dienen. — Diese Art der Massenpsychologie feiert heute Auferstehung. Die „Deutsche Tageszeitung“ teilt folgende Szene mit:

„In der Straßenbahn sitzt eine blasse Stenotypistin, die Tochter eines uneren Beamten, die sich mit ihrem geringen Einkommen recht und schlecht für Deutschlands Sieg und Wohlstand durchgeschmeißelt haben, einigen wohlhabenden Fabrikarbeitern und kräftigen, gutgekleideten jungen Männern gegenüber, deren Anzügen und Ansichten verraten, daß sie zu Mächtigkeiten gehören. Man spricht über den Streik. Die feuernden jungen Leute geben ihrer Befriedigung mit dem bisherigen Verlauf derselben Ausdruck, und eine der gut aussehenden Arbeiterinnen tut den bescheidenen Vorschlag: „Das macht doch wenigstens noch mal Laune!“ Psychologie der Massen: So wird das Verbrechen des Streiks von einem großen Teil der irreführenden Arbeiter bewertet, welche Verantwortung aber nehmen die Drahtgeber des Streiks auf sich, die bis bereits noch russischem Minister Aktionsausschuß und Arbeiterrat nennen!“

Die Geschichte kann uns beim Lesen bekannt vor. Wir haben sie in der Tat bereits vor vier Tagen von jemandem erzählt hören, der sie aus zweiter Hand weitergab. Bei dieser Gelegenheit dürfte sie auch der Berichterstatter der „Deutschen Tageszeitung“ erfahren haben. Da ihm die Geschichte aber in der damaligen knappen Fassung noch nicht effektiv genug schien, so hat er sie mit Details eigener Erfindung nach der ihm gleichbedeutend erscheinenden Richtung hin ausgeschliffen. Diese durch drei Hände gegangene Erzählung wird aber sicher noch zehn Jahre lang das „außenweltliche Material“ bilden, das als Grundlage für die Beurteilung der jetzigen Vorgänge dient.

## Eine ruhige Stimme zum Streik.

Die Rolle der Wahlrechtsfrage.

Gegenüber dem Toben der alldeutschen Presse, die an Stärke der Ausdrucksweise alles bisher Dagewesene überbietet, ärgere wir nur ein bürgerliches Blatt, die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:

Nach wie vor spielt bei der ganzen Bewegung die Wahlrechtsfrage eine ganz besondere Rolle. Und es zeigt sich, was auch ein nationalliberales Blatt, wie die Berliner „Vorzeitung“ vorurteilt, wie verfehlt es war, den Urheber des ganzen Streiks

durch die Art der Kommissionsberatungen im preussischen Abgeordnetenhaus einen Vorwand zu liefern. Nachdem die Regierung sich zur Einbringung der Wahlrechtsvorlage entschlossen hatte, hätte es der politischen Einsicht entsprochen, dem Geheul der Schwärmer zu bereiten, sondern ihn so schnell als möglich zur Restriktion zu verhalten. Der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums Dr. Friedberg ist es gewesen, der, lange bevor man an die Möglichkeit eines Streiks dachte, auf die Gefährlichkeit der Verschleppung hinwies und darin eine Schwächung unserer Widerstandskraft gegen die Feinde sah. Die Staatsregierung hat die Pflicht, und wir schöpfen aus der gestrigen Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die Hoffnung, daß sie sich dieser Pflicht voll bewußt ist, in der preussischen Wahlrechtsreform mit aller Energie vorzugehen.

## Streikdebatte im Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses.

In der Donnerstagtagung des Staatshaushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses kamen außer dem fortschrittlichen Redner, dessen Äußerungen wir bereits gestern mitgeteilt haben, auch noch Vertreter anderer Parteien auf die Streikbewegung zu sprechen. Der Zentrumredner, ein christlicher Gewerkschaftsführer, führte aus, daß die von ihm verurteilte Streikbewegung in Deutschland durchaus nicht diesen großen Umfang hätte annehmen können, wenn man bei der Behandlung der Arbeiter eine größere Rücksicht hätte walten lassen. Weiter wollte er auf diese Sache zurzeit nicht eingehen. — Der Sozialdemokrat erklärte ebenfalls, auf die Streikfrage nicht eingehen zu wollen, da er von den Streikenden weder dazu ermächtigt sei, noch sich auch sonst berechtigt fühle, im Namen der Streikenden irgendwelche Ausführungen zu machen. Er begründete sich damit festzustellen, daß sowohl ein Delegiertentag der Christl. Dänischen Gewerkschaften im Bezirk Düsseldorf wie auch ein Delegiertentag der Christlichen Gewerkschaften im Bezirk Essen, nachdem sie sich gegen die Streikbewegung gewendet hatten, in ihren Entschlüsseungen ausdrückten, daß die Regierung die Arbeiterforderungen nach besserer Ernährung sorgfältig berücksichtigen müsse und daß die Verzögerung der inneren Reformen, namentlich die Verschleppung der Wahlreform, in der Arbeiterschaft besonders böses Blut gemacht habe. Aus diesen Äußerungen von am Streik gar nicht beteiligten Arbeitergruppen könnten sowohl die bürgerlichen Parteien, wie auch die Regierung erkennen, wo die Gefahr zur Verhinderung angeht werden müßten. Der Handelsminister äußerte sich zu dem Streik nur mit den Worten, er wolle in der gegenwärtigen Situation auf die Bewegung nicht eingehen. Er bedauere nur, daß durch die Arbeitseinstellungen eine Verlängerung des Krieges eintrete.

## Karl Bröger an Wallraf.

Genosse Bröger, der vom Staatssekretär Wallraf (früher schon einmal vom Reichskanzler) im Hauptausschuß des Reichstags gütliche Dichter, schreibt der „Frankf. Tagespost“: Zwei weitere Male wiederfährt meinem Gedicht *Belennius* die Ehre eines Zitats in öffentlicher Reichstagsverhandlung und wieder klingt dieses Zitat vom Regierungstisch her. Es scheint, daß die Regierungsmänner die bewußten zwei Zeilen des Gedichtes endgültig dem Schatz ihrer politischen Schlagworte einverleibt haben. Dazu muß doch gesagt werden: Das Gedicht *Belennius* ist Ende 1914 entstanden, in einer Zeit also, da wir dem Krieg noch gefühlsmäßig ganz anders gegenüberstanden als im vierten Kriegsjahr. Ich habe bei den Versen ganz unpolitisch gedacht, bedauerte es aber nicht, daß sie recht bald politisch aufgefaßt und verwendet worden sind. Natürlich bezieht sich nicht der mindeste Anlaß, das Gedicht, dem die Verse entflohen sind, heute zu verweigern. Nur muß klar und deutlich gesagt werden: An das Deutschland der Türkei und Rußlands, der Vaterlandspartei und der Grobberufspresse ist in dem Gedicht mit keinem Wort gedacht. Gemeint ist das neue freie Deutschland, das Deutschland politischer und bürgerlicher Gleichheit und Gerechtigkeit. Für dieses Deutschland haben seitdem Hunderttausende gekämpft.

Staatssekretär Wallraf hat die Verse mit einer Spitze gegen die Arbeiterschaft versehen. Er ruft mich als Schwurzeugen für die Vaterlandsliebe des deutschen Arbeiters auf. Ich kann dagegen nichts tun, aber ich möchte doch zu bedenken geben, daß seit Ende 1914 die Welt nicht stillgestanden hat. Drei Jahre schmerzvollsten Erlebens liegen zwischen jenem Gedicht und heute, wie für mich, so auch für Millionen Menschen auf der ganzen Welt. Wir lieben unser Land, aber wir lieben auch die blutende, leidende Welt. Soll das kleinere Gefühl das größere ausschließen? Wenn deshalb vom Regierungstisch wieder ein für die Stimmung der Massen bezeichnendes Wort zitiert werden soll, so empfehle ich den Herren diese Verse aus einem Akt Spontaneität von mir:

Die neue Welt will ohne Nord bestehen und dieses Amtes fähig sie sich berufen: Den Menschen schämen und sein heiliges Recht! Zum Throne führt den Geist, der Taten denkt, und herrschen soll mit ihm nur die Gewalt, die alles Recht, das auf der Welt geboren, um seines reinen Daseins willen ehrt: Gewalt der Liebe!

Ein Versteht der Richter von Bab Dornhausen. Wir übernahmen in unserer Nummer vom 25. Januar 1918 aus einem anderen Blatt die Mitteilung, wonach in einer Strafsache gegen verschiedene Mitglieder der Stadt Dornhausen wegen Verabfolgung markenspezifischer falsche Richter des Ortes sich für befangen erklärt hätten, weil sie selbst bei den betreffenden Soldaten Fleischspeisen ohne Abgabe von Marken verkehrt hätten. Wozu schreibt uns Herr Amtsgerichtsrat Kaiser, Dornhausen im Auftrag seiner Kollegen, daß diese Behauptung un wahr ist und jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt. Wir bedauern, einer falschen Nachricht zum Opfer gefallen zu sein. Im übrigen zeigte die Aufmachung unserer Notiz, daß sie nicht als Vermutung gegen die betreffenden Richter, sondern nur als eine Illustration bekannter Zeitverhältnisse gedacht war.

## Brest-Litowsk.

### Kein Sonderrecht der Kiewer Friedensdelegation.

Der Kampf der zwei Gewalten, die in der Ukraine um die Herrschaft ringen, hat auf den Wiederbeginn der Brest-Litowsker Verhandlungen erheblichen Einwirkung. Das war vorauszu sehen und wurde auch bereits angedeutet, als wir die Mitteilung gaben, daß eine zweite ukrainische Delegation, eine maximalistische, zu den Friedensverhandlungen entsandt sei. In der Plenarsitzung am Mittwoch machte Trojki von dieser Delegation der „Regierung der Räte der Arbeiter-

Soldaten- und Bauerndeputierten der ukrainischen Volksrepublik“ Mitteilung. Er sagte:

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees, Herr Medwiedew, und der Volksstaatssekretär für militärische Angelegenheiten, Herr Schachran, befanden sich in Brest-Litowsk, und zwar innerhalb des Verbandes der russischen Delegation. Diese Tatsache, die von größter Bedeutung für den weiteren Gang der Verhandlungen sei, spiegelt die Lage wider, wie sie sich in der Ukraine als Ergebnis der jüngsten Ereignisse entwirrt habe. Da die Gegenparteien ein Interesse daran hätten, genau über die Zustände in der Ukraine unterrichtet zu sein, so halte er es für notwendig, eine kurze Erläuterung zu geben.

Die ukrainischen Räte der Soldaten-, Bauern- und Arbeiter-Deputierten führten in der ganzen Ukraine einen entschiedenen Kampf gegen die Kiewer Rada, wobei in vielen Teilen der Ukraine die Partei der Räte siegt habe, die in vollständiger Übereinstimmung mit dem Petersburgischen Räte der Volkskommissionen auftrat. Das ganze Vorgehen des Donicz-Koblers, das ganze Vorgehen von Keltarinoslaw und die Gouvernements Charlow und Koltawa seien in der Gewalt der ukrainischen Sowjets. In den anderen Teilen der Ukraine wachse die Macht der Sowjets und gehe der Einfluß der Kiewer Rada stetig zurück. Am Tage der Abreise Trojki aus Petersburg sei auf direktem Drahte aus Kiew gemeldet worden, daß das Kiewer Generalkommissariat zurückgetreten sei. Welche Lösung die Krise in der Kiewer Regierung gefunden habe und welchen Einfluß sie auf die Delegation des Herrn Golubowicz ausüben werde, sei noch nicht bekannt, doch gehe aus dem Dargelegten jedenfalls hervor, —

„daß ein mit der Delegation des Kiewer Sekretariats abgeschlossener Frieden unter den gegenwärtigen Verhältnissen keinesfalls bereits als ein Frieden mit der ukrainischen Republik angesehen werden könne.“

In seiner Rede im Hauptausschuß des Reichstages habe der Staatssekretär von Mühlmann es so dargestellt, als ob die russische Delegation die ukrainische als solche anerkannt habe, wie sie annehmen konnte. Letztere würde die Rolle eines Hilfskorps spielen; jetzt aber, wo die russische Delegation ihren Fehler eingesehen habe, verweigere sie ihr die Anerkennung. Dies sei eine unzulässige Darstellung des Vorganges. Schon in der ersten Sitzung, in welcher die Frage der ukrainischen Delegation angesprochen worden sei, habe er erklärt, daß der Prozeß des Selbstbestimmungsrechtes der Ukraine noch im Werden begriffen sei. Jetzt, wo in Petersburg der allrussische Kongreß der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Deputierten tagt, auf dem auch die ukrainischen Sowjets vertreten seien und wo einmütig föderative Grundlagen für die russische Republik geschaffen würden, entspreche die Aufnahme von Vertretern des ukrainischen Sowjets in die hiesige russische Delegation durchaus den Umständen, die in der russischen Republik herrschen. Wenn die Delegation des Herrn Golubowicz nach wie vor ein Mandat des Kiewer Sekretariats habe, so erhebe seine Delegation keinen Einspruch gegen deren fernere Teilnahme an den Friedensverhandlungen.

Jedenfalls aber könnten nur solche mit der Ukraine getroffenen Abkommen anerkannt werden, welche durch die Regierung der föderativen Republik Rußland ihre formelle Bestätigung fänden.

Hierauf gab der in Brest-Litowsk zurückgebliebene Vertreter der ukrainischen Volksrepublik, Herr Lewytzki, folgende Erklärung an:

„Vor der Abreise unserer Vertreter wurde unter den Mitgliedern der Delegation vereinbart, daß bis zum Wiedereintreffen der ganzen Abordnung einzelne hier zurückgebliebene Mitglieder in politischen Fragen nicht auftreten sollten. Dasselbe bleibt die Stellungnahme unserer Delegation zu der hier abgegebenen Erklärung des Vertreters des Rates der Volkskommissionen sowie zu der Frage der Zuziehung von Vertretern der Stadt Charlow zu der russischen Delegation bis zum Wiedereintreffen unserer Abordnung vorbehalten.“

Staatssekretär von Mühlmann und Graf Czernin stellten sich auf denselben Standpunkt, die Erörterungen über die Darlegungen Trojki bis nach Eintreffen der Delegation der Kiewer Rada aufzuschieben. Trojki erklärte Herrn v. Mühlmann gegenüber, er habe seinerzeit tatsächlich nicht erwähnt, daß auf ukrainischem Gebiet neben der Rada noch eine zweite Körperschaft bestehe, welche Anspruch darauf erhebe, das ukrainische Volk zu vertreten. Es sei für die russische Delegation kein Anlaß gewesen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, solange die Räte der ukrainischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten noch nicht entschieden hätten, ob sie eigene Vertreter zu den Friedensverhandlungen entsenden wollten. Die Frage, welche der beiden Organisationen das Recht habe, endgültig über die Wünsche der ukrainischen Republik zu sprechen, werde nach dem Ergebnisse des Kampfes zwischen den beiden Organisationen zu entscheiden sein. Der Anregung des Grafen Czernin, inzwischen möge die Kommission für territoriale Fragen ihre Arbeiten wieder aufnehmen, schloß Trojki sich an.

In der Donnerstagtagung dieser Territorialfragenkommission wurde die Frage des Rechtes der ukrainischen Delegation sofort aufs neue angeprochen. Graf Czernin wies darauf hin, daß die Kommission bisher die Frage der Gebiete beprochen habe, welche von reichsdeutschen Truppen besetzt seien. Er schlage nunmehr vor, zu versuchen, eine gewisse Klarheit über das Gebiet zu schaffen, das von österreichisch-ungarischen Truppen besetzt sei. Vor Eintritt in die Einzelheiten dieser Frage möchte er bemerken, daß die Herren der ukrainischen Delegation auf dem Standpunkt ständen, sie hätten allein und selbständig über diese Fragen zu verhandeln und zu beschließen. Gegen diese Auffassung der Delegation der Kiewer Rada erhob Trojki im Namen der russischen Regierung „mit allem Nachdruck Einspruch“. Er fügte hinzu:

„Was die materielle Seite betrifft, so sei er der Ansicht, auf Grund verschiedener Nachrichten, insbesondere auf Grund eines Telegramms, welches er eben erhalten habe, daß die Frage einer Teilnahme der Delegation der Kiewer Rada an den Brest-Litowsker Verhandlungen mehr als eine Frage der Vergangenheit anzusehen sei, denn als eine Frage der Gegenwart und der Zukunft.“

Der Inhalt des Telegramms, den Trojki im weiteren Verlauf der Sitzung bekannt gab, laut, daß der ausschlaggebende Teil der Kiewer Garnison zur ukrainischen Sowjet-Regierung übergegangen und die weitere Existenz der Rada nur noch ganz geringen Reiteinheiten zu bemessen sei. Auf Anregung des Vorsitzenden wurde darauf beschloffen, die Zuständigkeit der ukrainischen Delegation für territoriale Fragen in einer am Freitag abzuhaltenden Plenarsitzung in Anwesenheit der ukrainischen Vertreter weiter zu beprechen.

Eine Auskunft, die sich Trojki zum Schluß erbat, stellt in Aussicht, daß in nächster Zeit die Frage der Zuziehung eines Vertreters des polnischen Ministeriums zu den Friedensverhandlungen auf die Tagesordnung gelangen wird.

# Depeschensälschungen.

In den am Mittwoch und Donnerstag abgehaltenen Press-Vitowol-Sitzungen kamen höchst beachtenswerte Telegrammschindereien, die auf dralle Hände schließen lassen, zur Sprache. Trojki kam auf die Angelegenheit zurück, welche bei Beginn der letzten Verhandlungsperiode eine Rolle gespielt habe. Damals sei ein angeblich von der Petersburger Telegraphen-Agentur ausgegebenes Telegramm über eine in der ersten Sitzungsperiode abgegebene Erklärung Herrn Joffes zur Sprache gebracht und darauf hingewiesen worden, daß diese Depesche den Sachverhalt in wahrheitswidriger Weise darstelle. Er, Trojki, habe darauf erklärt, daß der deutsche und der österreichisch-ungarische amtliche Bericht über die fragliche Erklärung Herrn Joffes richtig gewesen sei, während der angebliche Bericht der Petersburger Telegraphen-Agentur nicht den Tatsachen entspreche. In dieser Sache habe er jetzt in Petersburg eine Untersuchung vornehmen lassen, in der festgestellt worden sei, daß die Petersburger Telegraphen-Agentur ein solches Telegramm überhaupt nicht abgeschickt habe. Die dieses Wahrscheinlichkeits oder diese Fälschung enthielten sei, vermöge er nicht nachzuprüfen. Er überlasse es den daran interessierten Stellen, dies festzustellen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Kommissions-Sitzung, die am Donnerstag abgehalten wurde, gab Trojki sodann eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß die heute in seine Hände gelangten deutschen Blätter ein angeblich von der Petersburger Telegraphen-Agentur stammendes Telegramm enthielten, welches, wenn ihm Glauben geschenkt werde, auf den Gang der Verhandlungen in schlimmster Weise einwirken könne. Darin werde der Schlussatz einer Rede angeführt, welche er vor dem dritten Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten in Petersburg gehalten habe. Er habe tatsächlich dort einen Bericht über den Gang der Friedensverhandlungen in Press-Vitowol erstattet und habe seinen persönlichen Standpunkt und den Standpunkt der Delegation und seiner Regierung zum Ausdruck gebracht. Nach dem Telegramm hätte er angeblich gesagt, die Delegation würde keinen Sonderfrieden abschließen. Diese Nachricht sei erfunden und stelle genau das Gegenteil von dem dar, was er gesagt habe.

Die Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen und der deutschen Delegation erklärten, sie würden den Ursprung der fraglichen Meldung feststellen lassen, worauf in die Tagesordnung eingetragen wurde.

Die Meldung, die aus Stockholm kam und unterm 20. Januar erging, legte Trojki die Worte in den Mund:

„Die russische Delegation wird ihre Forderungen nicht preisgeben. Sie wird keinen Separatfrieden schließen. Die Bewegung greift auf Polen und England über. Die Macht der imperialistischen und bürgerlichen Regierungen ist unterminiert. Das europäische Proletariat wird uns unterstützen. Die Kämpfe für eine gemeinsame Sache und wir werden siegen.“

Diese Meldung, die also nach Trojki Erklärung das wirklich Gesagte ins gerade Gegenteil verkehrte, wurde von der bürgerlichen Presse in Zeitdruck wiedergegeben und erregte natürlich nicht geringes Aufsehen. Wolffs Telegraphen-Bureau hatte sie aus Stockholm vermittelt und dürfte also in der Lage sein, bei Feststellung des Ursprungs der Depesche eine wichtige Rolle zu spielen.

Was Trojki im Sowjet gesagt hat, geben Londoner Meldungen, über die das holländische Neuwe Bureau unterrichtet, nach Angabe des „C. D.“ in der Fassung: daß keine Aussicht auf einen Frieden ohne Annexionen bestehe, und daß alles, was erreichbar ist, ein Kompromiß wäre. Das non ihm verlangte Versprechen, keinen Sonderfrieden zu schließen, habe und wolle er nicht abgeben. Er werde nun alles tun, was zur Vertretung der Erzeugnisse der Revolution notwendig sei. Deshalb werde er in Press-Vitowol erklären, daß die deutschen Vorschläge überaus hart sind, aber daß Rußland vielleichts nichts anderes übrig bleiben werde als dennoch einen Sonderfrieden zu schließen. Trojki hofft, daß die Bestände es ihm nicht verabsäumen werden, wenn Rußland schließlich in einen Sonderfrieden willigt. Nach dieser Erklärung habe der Kongress der Sowjet die Haltung der Vertreter in Press-Vitowol genehmigt und sich gegen die deutschen Bedingungen ausgesprochen, die Vertreter aber zu allen notwendigen Schritten bevollmächtigt.

## Lord Lansdownes Frieden.

Lord Lansdowne hat neuerdings Anlaß genommen, sich über den Zweck seines berühmten, an den „Daily Telegraph“ gerichteten Briefes vom 29. November zu äußern. Eine Abordnung, die hauptsächlich aus Schriftstellern und Journalisten bestand, überreichte ihm eine Dankadresse und der Lord antwortete laut Reuter:

Was den Zweck des Briefes anbelangt, so gab es unter unseren besten Leuten, die vertriebt waren, weil sie die Ziele, für die der Krieg fortgesetzt wurde, nicht kannten. Sie waren bedenklich, aber wenn man diese Leute von der Gerechtigkeit der Sache überzeugt werden bis zum bitteren Ende arbeiten und kämpfen. (Beifall.) Die Kriegsziele sind zwar inzwischen enthüllt worden, ihre ursprüngliche Fassung bedurfte jedoch einer Erklärung. Ich habe meine Klage gegen die Regierung; wir müssen die Schwierigkeiten, in der sie sich befindet, berücksichtigen. Glücklicherweise stehen wir in diesem Krieg nicht allein, wir müssen unserer Verbündeten gedenken und in den Zwangslagen, denen wir zusehends gegenüberstehen, mühen eifrig Entschlüsse getroffen und Verantwortlichkeiten eingegangen werden; das gesunkene Vertrauen mußte geachtet werden, und ich bin sicher, die allgemeine Ansicht auszubilden, wenn ich es für undenkbar halte, daß wir irgendwo gegen unsere Verbündeten, die ruhmvoll an unserer Seite gekämpft haben, nicht loyal sein könnten. Ich stimme jedoch mit der Erklärung des Premierministers vom 18. I. überein, wonach er die Zeit für gekommen hält, unsere Kriegsziele darzulegen, die die Billigung der vernünftigen und gemäßigten öffentlichen Meinung unseres und aller anderen Länder finden würden. Ich glaube, daß wir alle bereit sind, diesen sachlichen Krieg so lange fortzusetzen, bis wir einen klaren Frieden bekommen können.

Aber wir wünschen, daß keine Gelegenheit verjährt werde, diesen Frieden näher zu bringen.

Einige halten an der Meinung fest, daß ein solcher Friede durch Verhandlungen erreicht werden könne, andere glauben, daß er nur durch einen vollkommenen Sieg, entweder durch eine entscheidende Kampfhandlung oder einen Zerlegungsprozess erreichbar sei. Er wisse jedoch keine hervorragenden Personen, die bereit seien zu sagen, ein vollkommener Sieg im Feld sei in Sicht. Ein Zerlegungsprozess müßte sehr lange dauern, Personen, die dieser Frage sehr viel Beachtung geschenkt haben, meinten zwei Jahre. Wir müssen uns verheßen, was noch zwei Jahre Krieg bedeuten, das zu wachen

der Staatsschuld, die Knappheit an Lebensmitteln würde in eine Hungersnot ausgehen und ein Leidenszustand in der ganzen zivilisierten Welt eintreten.

Darum müssen wir versuchen, einen erschaffenen dauernden Frieden zur richtigen Zeit zu erreichen.

Der einzige Weg dazu sei die Vereinigung aller Kräfte, keine Vereinigung einer Gruppe gegen eine andere Gruppe, dahingehend, jeden internationalen Streit einer Art internationalen Gerichtshof zu überweisen und gegen alle verbrecherischen widerrechtlichen Teilhaber Zwang anzuwenden. Die Teilnahme Deutschlands an einem solchen Übereinkommen würde die Verneinung des preussischen Militarismus bedeuten.

# Streikdebatte im Berliner Rathaus.

Das Versammlungsverbot und die Freisinnigen.

Am Freitag saßen am Donnerstag die Stadtverordneten-Sitzungen. Die Unabhängigen hatten einen Antrag eingebracht, der gegen das vom Oberkommando erlassene Verbot der Streikversammlungen protestierte und den Magistrat zu Schritten der Abwehr aufrief. In der Begründung des Antrages führte Dr. Weyl aus, die Vorgänge der letzten Tage seien gerade aus dem Verbot zu erklären. Wie sollen wir, fragte er, an die Unbesonnenen herankommen, wenn es uns nicht in Versammlungen möglich ist? Oberbürgermeister Vermuth bedauerte, daß dem Magistrat eine Möglichkeit, auf die Besetzung einen Einfluß auszuüben, bisher nicht gegeben worden sei. Ob der Magistrat etwas gegen das Versammlungsverbot zu unternehmen bereit sei, ging aus seinen Worten nicht hervor. Als erster Redner der Freisinnigen lehnte Stadtverordneter Cassel ab, in den Streik einzugreifen, der zur Erreichung politischer Ziele veranlaßt sei. Seine Freunde würden gegen den Antrag stimmen, damit man nicht glaube, daß sie diesen Streik billigen. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte unter Genosse Wankmuth, sie stimmten selbstverständlich für den Antrag. Er hob hervor, daß Parteivorstand und Generalkommission längst die Regierung auf die Notwendigkeit einer anderen Ernährungsregelung hingewiesen haben. Einmütig habe sich der Parteivorstand dahin ausgesprochen, daß der Belagerungszustand aufgehoben werden müsse. Die Parteileitung habe sich bemüht, in die Streikbewegung einzugreifen, um sie in geordnete Bahnen zu lenken. Dazu sei aber nötig, den Arbeitern ihr Vereins- und Versammlungsrecht zurückzugeben. Wankmuth wies darauf hin, daß ja auch die Freisinnigen aus Prinzip für diese Forderung eintreten müßten. Aber der Stadtverordnete Rommensen, der dann das Wort ergriff, lehnte noch schroffer als Cassel ab, hierzu eine Hand zu rühren. Die Erregung der Tribünenbesucher, die sich schon vorher in Zwischenrufen äußert hatten, nahm bei den Ausführungen Rommensens zu. Sie erreichte ihren Höhepunkt während des Schlusssatzes von R. Hoffmann, der die Ereignisse der letzten Tage schilderte. Mehrfach holte Vorsteher Midelet die Zuhörer zur Ruhe gemahnt und ihnen mit Räumung der Tribünen gedroht. Als sie beim Schluß von Hoffmanns Rede in Beifall ausbrachen, ordnete der Vorsteher an: „Die Tribüne ist zu räumen!“ Diese Maßregel verurteilte bei den Tribünenbesuchern einen so harmlosen Austritt, wie er in dem Berliner Stadtverordnetenrat noch nicht dagewesen sein dürfte. Die Erregtesten schleuderten heftige Schmähe in den Saal hinein, so daß der Vorsteher die Sitzung einstellen mußte. Freisinnige Stadtverordnete wandten sich jetzt mit Vorwürfen und Vermündungen gegen Hoffmann, so daß es auch unten noch ein lärmendes Durcheinander gab. Nachdem Magistratsdiener die Tribünenbesucher hinausgeschoben hatten und die Sitzung wieder eröffnet worden war, führten die Stadtverordneten zur Abstimmung. Sie ergab Ablehnung des Antrages mit 73 Stimmen gegen 31. Nur die beiden sozialdemokratischen Fraktionen stimmten für ihn.

# Groß-Berlin

An unsere Leser!

Durch den Zwang der Verhältnisse ist es uns gegenwärtig nicht möglich, unsere Leser über zahlreiche Ereignisse zu unterrichten, die sie besonders interessieren würden. Wir bitten, diese Unterlassungen nicht etwa als den Verzicht eines „Tot-schweigens“ seitens der Redaktion deuten zu wollen.

## Das Berliner Straßenbild.

Die Polizei hatte am Freitag alle Plätze, wo am Donnerstag Ansammlungen stattgefunden hatten, durch zahlreiche Schutzmannschaften besetzt. Der Humboldthain war völlig abgesperrt. Streikende sah man in der Nähe der großen Fabriken die Straßen passieren. Zu Ansammlungen oder Demonstrationen kam es nicht.

Dagegen ist es in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag auf dem Alexanderplatz zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und einer Anzahl Streikender gekommen. Auch haben am späten Abend noch mehrere Verhaftungen stattgefunden.

## Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Dittmann.

Der der unabhängigen Fraktion angehörende Abgeordnete Dittmann ist am Donnerstag vormittag während einer Ansprache, die er an die im Treptower Park versammelten Streikenden hielt, von der Polizei verhaftet worden. Dittmann war bekanntlich Mitglied der Streikleitung. Wie die bürgerliche Presse mitteilt, sieht die Staatsanwaltschaft in der Ansprache Dittmanns eine strafbare Handlung, und zwar nicht nur eine Übertretung des Belagerungszustandsgesetzes, sondern eine Aufforderung zum Landesverrat. Der Reichstagsabgeordnete Dittmann ist gestern früh dem zuständigen Staatsanwalt zur Vernehmung vorgeführt worden.

## Der Streik und die Große Berliner.

Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn teilt mit, daß ihre Hauptwerkstatt infolge der Arbeits Einstellung stillgelegt werden mußte. Die am Donnerstag während der Streikarbeiten umgeworfenen und beschädigten Anhängewagen sind in den Reparaturwerkstätten der einzelnen Bahnhöfe wiederhergestellt worden. Gegenwärtig verkehren auf den meisten Strecken — namentlich im Norden und Osten — keine Anhängewagen.

## Störungen des Straßenbahnbetriebes

Jeden gestern vormittag gegen 11 Uhr, wie andere Mäler meinten, an mehreren Stellen statt. In Treptow, in der Brunnenstraße, in der Panfower Allee, in der Ackerstraße und am Grünen Weg übte sich um diese Zeit wiederum starke Ansammlungen. An den Haltestellen wurden die Straßenbahnen gestört und am Weiterfahren gehindert. Die Scheiben der Wagen wurden zertrümmert, die Konstruktionsbeschädigt, die Achseln weggenommen und schließlich wurde das Straßenbahnpersonal der betreffenden Wagen mißhandelt, weil es sich weigerte, die Perrons zu verlassen. Bis jetzt haben sich schon eine Anzahl Auffrischungskräfte, Fahrer und Schaffnerinnen als dienstunfähig infolge der erlittenen Verletzungen gemeldet. Infolgedessen mußte der Verkehr von und nach Treptow eingestellt werden, während auf den anderen Linien, auf denen sich Tumulte abspielten, Umleitungen stattfanden. Die Polizei machte überall da, wo es zu gewaltsamen Betriebsstörungen kam, von der Blanken Waffe Gebrauch.

## Gewerkschaftshaus und Polizei.

In unserem gestrigen Artikel „Der Streik“ war mitgeteilt worden, daß ein Teil der Gewerkschaftsangehörigen der Aufforderung der Polizei, das Haus zu verlassen und ihre Bureaus zu schließen, Folge geleistet hätte. Wie wir erfahren, entspricht diese Mitteilung nicht den Tatsachen. Sämtliche Gewerkschaftsangehörige haben es abgelehnt, dem Verlangen der Polizei zu entsprechen, und die Polizei hat keinen Versuch gemacht, die Angestellten mit Gewalt zu entfernen.

## Die erste Tagung der außerordentlichen Kriegsgerichte.

Am heutigen Tage werden im Kriminalgericht die ersten Sitzungen der außerordentlichen Kriegsgerichte abgehalten. Die Verhandlungen finden statt: für Verbrechen und Verbrechen die innerhalb des Bezirks des Landgerichts II (der Süden Berlins und die südlichen Vororte) begangen sind, im Zimmer 403 für den Bezirk des Landgerichts III (der Norden Berlins, Charlottenburg) im Zimmer 413 und für den Bezirk des Landgerichts I (Berlin 2-Mitte) im Zimmer 400 des Neuen Kriminalgerichtsgebäudes in der Lützowstraße.

## Berliner Lebensmittel.

Auf Abschnitt 3 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin entfallen 150 Gramm Griech. Außerdem werden auf die Abschnitte 1 und 2 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin für Jugendliche je 100 Gramm, insgesamt also 200 Gramm Graupen und Grütze abgegeben. Die Abschnitte beider Karten sind vom Sonntag, den 3. bis Dienstag, den 5. Februar, in den durch besondere Verkaufsstellen gekennzeichneten Kleinhandels-geschäften abzugeben. Die Ware wird nach Ablauf der üblichen Frist zur Verfügung stehen.

Außer der Verteilung der obengenannten Lebensmittel findet in der Zeit vom 11.—20. Februar noch eine Verteilung der Fettkelle Groß-Berlin nach Maßgabe der Ausschänge in den betreffenden Geschäften für eingetragene Kunden statt.

Auf Abschnitt 34 der Karte kann vom 4. bis 16. Februar ein Ei a 48 Pf. entnommen werden.

## Preiserhöhung für Krankenbrot.

Da die Reichsgemeinschaft der Nahrungsmittelhersteller für Krankenzwecke zurzeit ein erheblich besseres Mehl, das entsprechend teurer ist (Auszugmehl) zur Verfügung gestellt hat, mußte der Preis für das Krankenbrot entsprechend erhöht werden. Er ist mit Wirkung vom 4. Februar für das 1950 Gramm schwere Krankenbrot auf 1,10 M. festgesetzt worden. Als Krankenmehl wird nur noch Auszugmehl zum Preise von 34 Pf. je Pfund abgegeben.

## Serabekung der Petroleumration.

Der Berliner Magistrat teilt mit: Wider Erwarten hat die Zahl der berechtigten Anträge auf Zuweisung von Karten Petroleum derart zugenommen, daß es bei der zur Verfügung stehenden Petroleummenge notwendig geworden ist, die für den Monat Januar dem Einzelnen bewilligten Wochenmengen im Februar von 2 Liter auf 1 1/2 Liter bzw. von 1 Liter auf 1/2 Liter herabzusetzen.

## Gegen eine Tarifierhöhung der Großen Berliner.

Der Verband der Beamten und Lehrer für Groß-Berlin hat an den Vorsitzenden des Verbandsausschusses des Zweiverbandes Groß-Berlin den Antrag gerichtet, „einer Tarifierhöhung der Groß-Berliner Straßenbahn nicht zuzustimmen, besonders einer Erhöhung des Verkehrspreises um 50 Proz., vielmehr den dankenswerten Beschluß des Verbandsverlommung vom Jahre 1916 aufrechtzuerhalten“. Er begründet den Antrag mit dem Hinweis auf die bebrängte Lage der Beamten- und Lehrerschaft Groß-Berlins, vornehmlich auf die gering besoldeten Beamten und Lehrer, die tagtäglich auf die Verkehrsmittel angewiesen sind; er meint, daß die schwere Belastung durch die Lage der Großen Berliner Straßenbahn nicht gerechtfertigt wäre angesichts der Verkehrsbeschränkungen und der Nebenmaßnahmen, die sie durch die weit stärkere Densung der Wagen erzielt.

Neuheiten Lebensmittel. Von heute bis Freitag, den 8. Februar, dürfen in denjenigen Geschäften, in welchen die Anmeldung zum Bezuge von Konsumwaren erfolgt ist, auf Abschnitt 1 der allgemeinen Lebensmittelkarte für Neuheiten 150 Gr. Graupen bzw. Gerstengrütze, auf Abschnitt 2 150 Gr. Feigwaren entnommen werden. Auf die Lebensmittelkarte für Jugendliche dürfen die vorstehend genannten Nahrungsmittel nicht entnommen werden. In den städtischen Verkaufsstellen dürfen von heute ab auf Abschnitt 1-3 der neu ausgegebenen Lebensmittelkarte für Jugendliche 50 Gramm Nahrungsmittel (Vollweizenmehl, Buchweizengrütze, Morgenbrannt, lose Suppen usw.) entnommen werden. Nach ihrer erfolgt die Abfertigung an Inhaber der Lebensmittelkarte mit den Anhangsbuchstaben A-E Samstag, den 2. Februar, P-H am Sonntag, I-K am Dienstag, L-R am Mittwoch, S am Donnerstag, T-Z am Freitag. Ein Anrecht auf eine bestimmte Art von Nahrungsmitteln steht dem Käufer nicht zu. In den Verkaufsstellen gelangen außerdem noch folgende Waren zum Verkauf: Nährhefe je Pfund 1,50 M., Suppe Agnes je Stück 15 Pf., Wäskwürfel 3 Stück 10 Pf., Estruben je Dose 80 Pf.

# Den „Vorwärts“ zu abonnieren

hat jetzt jeder denkende Arbeiter mehr denn je Anlaß. Warum? Diese Frage wird sich jeder Leser selbst beantworten können. Dann wird er dafür sorgen, daß der folgende Bestellzettel nicht unbenutzt bleibt:

Ich abonniere ab 1. Februar 1918 den „Vorwärts“. Abonnement monatlich 1,50 M.

Name \_\_\_\_\_

Wohnort \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_

Wildentenkeise je Kasse 3.60 M., Kaninchenfleisch je Kasse 5 M., Kaninchenlein je Kasse 3 M.

Der Verkauf findet an Kaufhäuser Einnahmer ohne Beschränkung statt.

Die für den Abschnitt 35 der Elektrizität noch fehlende Menge Elektrizität ist jetzt eingetroffen; Abschnitt 35 ist nur noch bis Donnerstag, den 7. Februar, gültig.

**Schäuberger.** Die Kriegslohnzulagen der jüdischen Arbeiter stehen zurzeit gegenüber den Zulagen, die die Arbeiter anderer Gemeinden Groß-Berlins erhalten, an letzter Stelle. Eine zeitgemäße Erhöhung der Kriegslohnzulagen ist dringend geboten. In der letzten Betriebsversammlung wurde eine Entschließung angenommen, die feststellt, daß die bisher gewährten Kriegslohnzulagen wie Kriegslohnzulagen bei Berücksichtigung der mangelhaften Leistung und der äußerst niedrigen Grundlöhne völlig unzureichend sind. Es wurde beschlossen, beim Magistrat eine Erhöhung der Kriegslohnzulagen um 2,60 M. pro Tag für alle Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen, zahlbar ab 1. Januar 1918, zu beantragen.

**Pantow.** Lebensmittel. Pasterilisierte Dosen dürfen auch in diesem Monat nur an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre auf Grund der erteilten amtlichen Bescheinigung von den hiesigen Apotheken und Drogerien vertrieben werden. Die für Kranke ungenügend gewordenen Bescheinigungen für Pasterilisierte werden vom 6. Oktober ab im Zimmer 44 des Rathauses gegen Bescheinigung für andere Lebensmittel umgetauscht.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

**Alt-Offenide-Hallenberg.** Die Mitgliederversammlung, die zu Sonntag, nachmittags 4 Uhr, einberufen war, fällt aus.

**Freizeitsport-Gemeinde.** Morgen Sonntag, 3. Februar, nachmittags 9 Uhr, Poppel-Allee 15/17; Kaufhaus, Ober-Altina, Reichstraße 8; Ober-Schöneberg, Wilhelmstraße 43, bei Erika Kamp, Freizeitsport-Vereinigung, 10<sup>1/2</sup> Uhr, Kleine Brandenburger Str. 6, Vortrag von Herrn Bruno Wille: „Winter-Tour“. — Bitte mitkommen.

## Schutz für Arbeiterinnen und Jugendliche.

Von Rudolf Wiffell

Aus der eigenen Anschauung über die schweren Schäden des in so vielen Betrieben beseitigten Arbeiterschutzes für Frauen und Jugendliche haben die jetzt Streikenden die Forderung auf Wiedereinführung dieses Schutzes erhoben. Keine Forderung ist berechtigter wie diese.

Durch das Notgesetz vom 4. August 1914 über Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter ist der Reichsanwalt für die Dauer des gegenwärtigen Krieges ermächtigt worden, entweder allgemein oder für bestimmte Arten von Anlagen von einer Reihe von Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung Ausnahmen zu gewähren. Zu diesen Schutzbestimmungen gehören auch die über Frauenarbeit und Beschäftigung von Jugendlichen. Das dem Reichsanwalt generell eingeräumte Recht ist den höheren Verwaltungsbehörden für einzelne Betriebe eingeräumt worden. Auf Grund dieser Befugnis ist nun in überaus zahlreichen Betrieben der Arbeiterschutz für Frauen und Jugendliche beseitigt worden. Der Reichsanwalt selbst hat von seiner Befugnis keinen Gebrauch gemacht.

Die Befreiung von den Arbeiterschutzvorschriften ist in solchem Umfang von den höheren Verwaltungsbehörden bewilligt worden, daß man geradezu sagen kann, daß heute der Arbeiterschutz ein großes Trümmerfeld ist. Es ist den Arbeitern heute gar nicht möglich, im Einzelfalle festzustellen, ob für einen bestimmten Betrieb der gesetzliche Arbeiterschutz noch in Kraft ist, oder durch Gewährung von Ausnahmen beseitigt ist. Durch die Einberufung überaus zahlreicher Gewerbeaufsichtsbeamten und der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften ist auch eine behördliche Kontrolle der etwa noch geltenden Vorschriften überaus erschwert. Das hat natürlich auch die Nichtbeachtung der Arbeiterschutzbestimmungen in solchen Betrieben und Anlagen zur Folge gehabt, für die Ausnahmen von den gesetzlichen Schutzvorschriften nicht bewilligt worden sind.

So lastet denn der Krieg, von allem anderen ganz abgesehen, ganz besonders schwer auf den arbeitenden Frauen und den Jugendlichen. In einer das physiologisch zulässige Maß oft weit übersteigenden Weise werden ihre Kräfte in Anspruch genommen. Geradezu charakteristisch für die den Frauen zugemutete Arbeit sind eine Reihe von Einzelangaben in einer vom Deutschen Metallarbeiterverband im vergangenen Jahre herausgegebenen Broschüre über die Frauenarbeit in der Metallindustrie während des Krieges. In einem Betriebe des Schiffbaues werden Frauen sogar mit Stellanlagen beschäftigt. Aus dem oberirdischen Industriegebiet wird mitgeteilt, daß in einem Betriebe Frauen und Mädchen an der Fertigungstrape stehen und mit Jangen die durchkommenden Fertigprodukte abnehmen. In einem anderen Betriebe waren die Frauen mit dem Tragen der Pfannen beim Sieben beschäftigt. Als besonders schwere Arbeit wird das Befördern von Eisenteilen, das Vorhalten beim Richten, das Stemmen mit Preßluft usw. bezeichnet. Sogar mit dem Füllen eines Kupfrofens wurde ein Mädchen beschäftigt.

Der Unfall- und Gesundheitsschutz ist überaus mangelhaft. Festgestellte lange Arbeitszeit, Fehlen der vorgeschriebenen Rausen, Nacht- und Sonntagarbeit für Frauen und Ähnliches ergab sich für die große Mehrzahl der von der Erhebung erfaßten Betriebe. Nur aus einem Fünftel der Betriebe wurde die Frage nach dem Einhalten der Bestimmungen des Arbeiterschutzes bejaht. Sogar schwere Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften wurden gemeldet: „Die Wechselläder an den Drehbänken laufen alle ungeschützt.“ „Da an den Maschinen (Stoßwerk mit Exzentripresen) die Schutzvorrichtungen fehlen, ist die Zahl der Unfälle (Fingerverluste) eine hohe.“

In einem Falle wurde festgestellt, daß eine Frau schon vierzehn Tage nach der Niederkunft die Arbeit wieder aufnahm.

Schwer lastet der Krieg auf den Schultern der Frau. Ihre Arbeitsüberlastung ist geradezu zu einem bevölkerungspolitischen Problem geworden. Die Frau soll der kommenden Generation das Leben geben. Nicht nur sie selbst, sondern auch die kommende Generation leidet schweren Schäden, wenn die ihr obliegende körperliche Arbeit ihre Kräfte übersteigt. Und die gegenwärtige Arbeit übersteigt ihre Kräfte. Und ebenso ist es bei den Jugendlichen. Heute wird bei ihnen ver-

braucht, was, erst ausgerüstet, der Volkswirtschaft in der Zukunft dienen sollte.

Diese schweren Schäden der Beseitigung des Arbeiterschutzes haben der Sozialdemokratie im Reichstag schon mehrfach Anlaß gegeben, die Wiedereinführung des Arbeiterschutzes zu fordern. Sie sind mit diesen Verlangen auch von den bürgerlichen Parteien im Reich gelassen worden, die von der Ansicht ausgingen, daß der Arbeiterschutz während des Krieges hinter der Erzielung der höchsten Produktionsleistung zurückstehen müsse.

Ein solcher Grund kann heute nicht mehr gelten. Eine nur kurze Zeit der Mehrleistung wäre erträglich gewesen. Die andauernde Überanstrengung schädigt die Volkskraft in schwerster Weise. Die Produktion muß sich den Bedürfnissen der Zeit anpassen; andauernder Raubbau geht nicht an.

Aus diesen Erwägungen heraus, aus der tiefen Kenntnis der tatsächlichen Wirkungen des fehlenden Arbeiterschutzes fordern die Arbeiter die Wiedereinführung des Arbeiterschutzes. Die Erfüllung dieser Forderung dient der Volkswirtschaft in weit, weit höherem Maße, wie die ungebremste Ausnutzung, wie die heute betriebene schrankenlose Ausnutzung der Arbeitskräfte.

## Gewerkschaftsbewegung

### Emil Döblin gestorben.

Ein großes, überaus arbeitsreiches Leben hat am Donnerstagabend seinen Abschluß gefunden: Döblin, der langjährige Vorsitzende des Deutschen Buchdruckerverbandes, ist von einer beinahe 30jährigen Tätigkeit durch den Tod abberufen worden. Gleich herben Verlust erleidet die Gewerkschaftsbewegung durch den Tod Döblins wie im Jahre 1912, als ein ihm Gleicher, Bömelburg, der deutschen Arbeiterbewegung durch den Tod entzogen wurde. Bömelburg war außer seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit auch in der politischen Bewegung hervortretend tätig. Döblins Wirken und Schaffen konzentrierte sich auf rein gewerkschaftliche Tätigkeit, die, soweit er sie für den Buchdruckerverband ausübte, später in vielen Fragen richtunggebend für die deutsche Gewerkschaftsbewegung überhaupt wurde. Seine großen organisatorischen Verdienste für seine engere Berufsorganisation zu würdigen, wird Aufgabe dieser Zeilen sein, für uns gilt es hier nur, seine vorbildliche Stellung als Gewerkschaftsführer im allgemeinen zu würdigen.

Döblin war der eifrigste Verfechter des Tarifvertragsgedankens, der anfänglich sehr starken Anfeindungen ausgesetzt war, im Laufe der Zeit sich aber siegreiche Bahn verschaffte. Als noch dem im Jahre 1891/92 verlorenen Kampfe um den Rumstumbtag im Buchdruckergewerbe die Organisation sich allmählich wieder erhob, war es ihr Vorkämpfer, der in den nachfolgenden Jahren, seit 1896, am Wiederaufbau der Tarifgemeinschaft emsig wirkte. Er galt als bester Kenner der Tariffrage und gewissermaßen als Gutachter, und er wurde in dieser Frage nicht nur in Gewerkschaftskreisen als Berater geschätzt, sondern auch von anderen Kreisen um seine Meinung angegangen. Sein Fleiß, durch reiche praktische Erfahrung gesicherter Standpunkt zu allen gewerkschaftlichen Fragen und Beschlüssen war geradezu musterhaft. Von geradezu dem Weg der praktischen Gewerkschaftspolitik brachte ihn nichts ab, am wenigsten mangelnde empfindliche Angriffe, die namentlich in früheren Jahren gegen ihn und seine Organisation erhoben wurden. Und eine Strafe, für die Gewerkschaft aber notwendige und sehr nützliche Disziplin wurde von ihm bestrafend und beispiel im Buchdruckerbunde durchgeführt, die nicht zuletzt den Erfolg hatte, daß der Verband fast den letzten Berufsgruppen organisatorisch erfasste und unter sehr starkem Schutzdach führte. Festgesetzt, unerschütterlich auch in dieser schweren Kriegszeit finanziell stark, in den organisatorischen Einrichtungen musterhaft, so stellt sich das Lebenswerk heute dar, dem der Verstorbenen seit 1883 als Vorkämpfer, vorher schon als Berliner Gaubordführer, in steter Arbeitsfreudigkeit treu gebietet hat.

Aber auch an der Hauptleitung der Gewerkschaftsbewegung war Döblin als eifriges Mitglied tätig. Seit dem Januar 1908 gehörte er der Generalkommission der Gewerkschaften als Mitglied an, nachdem ihn der Gewerkschaftskongress in Stuttgart 1902 dazu gewählt hatte. Sein Rat und seine Meinung galt dort allseitig sehr viel, seine klare und nächste Beurteilung gewerkschaftlicher Dinge war stets von nicht geringer Bedeutung. Seine bis in die letzte Zeit dort so rege emsige Mitarbeit wird schwer vermisst werden.

Seit Oktober vorigen Jahres kränkelte Döblin. Seine näheren Freunde und Kollegen führten seinen Krankheitszustand auf die letzten schlechten Ernährungsverhältnisse zurück. Ein unheilbares Leberleiden aber zehrte an ihm und zwang den 65jährigen auf das Sterbelager.

Weit über die Gewerkschaftskreise hinaus wird tiefe Trauer über den Tod des treuen, allgemein beliebten und geachteten Gewerkschaftskämpfers sein. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung aber und der Buchdruckerverband haben einen schweren Verlust zu beklagen, denn einer ihrer Besten kann für sie nicht mehr wirken. Sein Andenken aber wird fortleben, und sein Lebenswerk wird in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte als leuchtendes Vorbild allezeit dastehen.

### Eine mahnende Stimme aus dem Felde.

Wie innig zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen im Felde sich mit dem Wohl und Wehe ihrer Berufsorganisation verbunden fühlen, zeigt sich jedem, der die Gewerkschaftspressen verfolgt. Viele Tausende sind es, die, obwohl abgeschlossen von allem kulturellen Sein, dennoch mit ganzem Herzen, am ferneren Schicksal ihrer Organisation interessiert sind. Und gerade jetzt, da noch in vielen Gewerkschaften die Fragen des zukünftigen Ausbaues ihres Beitrags- und Unterstützungswesens sowie die Erlassung aller noch fernliegenden in den Rahmen der Organisation erörtert werden, greifen die Feldgrauen Gewerkschaftsorganisationen lebhaft ein, um im Verbandsorgan ihren dabeimgeliebten Berufsgenossen mit Rat zur Seite zu stehen.

Ein Beispiel dafür, daß gerade lange zum Kriegsdienst eingezogene Gewerkschaftsorganisationen das lebhafteste Interesse für die wirtschaftliche Erhaltung bekunden, bietet uns das Verbandsorgan der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, „Die Keramiker“.

In der keramischen Industrie zeigt sich eine zunehmende Verunsicherung, eine steigende Macht des Unternehmertums, während die Arbeiterverbände an Mitgliedern und an Mitteln gerade durch den Krieg geschwächt wurden. Neuerdings tritt nun ein Genosse aus dem Felde für die Schaffung eines größeren Keramikerarbeiterverbandes ein. Der Genosse betont: Nach dem Kriege wird wahrscheinlich eine neue Epoche der Weltwirtschaft beginnen, da heißt es auch für die Arbeiter und deren Organisationen auf dem Posten sein. Hierzu brauchen wir in erster Linie eine starke Organisation. Also müssen

unsere nächsten grundsätzlichen Aufgaben sein: 1. Agitation. 2. Für eine Verschmelzung der Verbände der keramischen Arbeiter eintreten.

Der Kollege J. . . meinte, nach dem Kriege würde mancher der Feldgrauen den Weg zum Verbands nicht wieder zurückfinden. Ich habe bis jetzt im Felde eine andere Auffassung gewonnen. Alle Feldgrauen wissen, daß sie für alle jahrelangen Strapazen und Entbehrungen auf einen Dank des Unternehmertums nicht zu rechnen haben, daß sie nur erreichen und besitzen werden, was sie sich mit Hilfe und Kraft ihrer Organisationen zu erobern wissen. Aber wir, die wir jahrelang geradezu Unmenschliches ertragen und erduldet haben, wie haben wohl auch ein Recht, zu verlangen, daß wir dann vom Ertrage unserer Arbeit uns anständig ernähren, kleiden und wohnen können.

Kollegen und Kolleginnen dabeim! Adert und lodert den Boden für unsere Saat, sorgfältig und schafft für euren, für unsern Verband, für Besserung unserer Verhältnisse.

Das ist mein Neujahrsgruß an alle von euch, vom Felde aus. Goffentlich kommt der Frieden bald, dann treffen wir uns wieder im Kampfe um unsere Existenz. In diesem Sinne grüße ich euch alle.

### Tariffündigung der Schuhmacher.

Die Schuhbranche der Schuhmacher hat in einer Versammlung am Montag einstimmig beschlossen, den bis zum 31. März laufenden Tarifvertrag zu kündigen. Für den Abschluß eines neuen Vertrages stellte die Versammlung folgende Forderungen auf: Die Lohnsätze des alten Tarifs sollen einschließlich der bis jetzt bewilligten Lohnzulagen, die für Akkordarbeiten 100 Proz., für Zeitlohnarbeiten 70 Proz. betragen, als neue Grundlöhne anerkannt werden. Zu diesen Grundlöhnen soll noch eine Lohnzulage von 30 Proz. gewährt werden. Außerdem wird noch eine Herabsetzung des Vertrages in dem Sinne gewünscht, daß die Stücklohnsätze nicht durch einzelne Firmentarife, sondern durch einen allgemeinen Tarif festgesetzt werden, welcher der unterschiedlichen Qualität der Arbeiter dadurch Rechnung trägt, daß zwei Tarifklassen — die eine mit höheren, die andere mit etwas geringeren Lohnsätzen — eingerichtet werden.

## Industrie und Handel.

### Streik und Börse.

Der Streik worf schon in voriger Woche einige Schatten auf die Börsengeschäfte. Das Gerücht von dem bevorstehenden Ausbruch lauchte bald auf, wurde nach den österreichischen Erfahrungen bereits willig geglaubt und durch die Mitteilungen über die aufgefundenen Flugblätter befestigt. Eine starke Wirkung zeigte sich in der Kursbildung nicht. Die allgemeine Unsicherheit über die Friedensverhandlungen und andererseits über die Steuerpläne, dann der Ausbruch in Oesterreich und die von alldeutschen Fanatikern herausgeschickten Streifen — alles das hat schon seit geraumer Zeit die Geschäftslust gedämpft, so daß die durch den streik eingelegte Tages Spekulation nicht allzuviel Ware an den Markt zu bringen hatte. Das sogenannte „Publikum“ der Kapitalisten hält an seinem Besitz unverändert fest. Als dann der Streik tatsächlich ausbrach, erniedrigte sich wohl allgemein das Kursniveau, aber durchaus nicht sehr stark oder infolge drängenden Angebots, sondern weil die Käufer Zurückhaltung übten. Nach wurden Verwerfungen hergenommen, d. h. es wurde entweder die Lieferung der Aktien hinausgeschoben oder es wurden gefundene Stücke geliefert — beides in der Erwartung, sich billig eindecken zu können. Da die Börse am Donnerstag den Höhepunkt des Streiks überschritten glaubte, so setzten Deckungskäufe ein, die noch durch Rück- und Neukaufe verstärkt wurden. Am Freitag setzte sich die noch oben gerichtete Ausbeugung kräftig fort, wozu die relativ persönliche Sprache der „Korrespondenz“, „Hilf“ und der Friedensverhandlungen beitrug; der Kursstand von Ende letzter Woche wurde aber noch nicht erreicht. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Börsen eine empfindliche Schädigung der Industrie nicht annehmen, sondern eher an eine Ersparnis von Kohlen glaubt und den Streik für einen „Ersatz“ von Feuerschichten hält. Dieser Optimismus, der wieder einmal beweist, daß die Börse dauernde Wirkungen gegenüber Augenblicksstimnungen vermag, wurde wesentlich dadurch gestärkt, daß sich das Transportgewerbe am Streik nicht beteiligte und die Leistungen weiter erschienen, wenn auch mit Ach und Krach.

### Franreichs Finanzen.

Dem „Temps“ zufolge betragen die im Staatshaushalt Frankreichs für 1918 vorgesehenen gewöhnlichen Ausgaben 7 789 818 036 Franc, denen an gewöhnlichen Einnahmen 7 890 623 930 Franc gegenüberstehen. Zur Deckung des Ausfalls sollen neue Finanzmaßnahmen getroffen werden, wodurch der Staatskasse schätzungsweise ungefähr 301<sup>1/2</sup> Millionen aufzuheben werden. Für die Zeitdauer vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1917 ergibt sich für Frankreich folgendes Finanzbild: Budgetmäßige Kredite 106 500 000 000 Franc. Dem Staatsschatz und der Finanzverwaltung sind aus direkten und indirekten Steuern, Staatsobligationen, Anleihen usw. 101 Milliarden zugeflossen.

## Letzte Nachrichten.

### Trochki über Englands Absicht.

Petersburg, 30. Januar. In einer Rede im Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte am 28. Januar erklärte Trochki: „Der englische Imperialismus hat erkannt, daß er Deutschland nicht besiegen kann. Nun ergibt sich auf Kosten Rußlands diejenige Kompensation, die man Deutschland lassen muß, um es bei seinen Unterhandlungen mit den englischen und amerikanischen Imperialisten nachgiebiger zu stimmen. Einen unmoralischen Frieden kann es nicht geben, es kann nur zu einem unglücklichen Frieden kommen. Sollten wir uns verpflichten, auf alle Fälle nur einen allgemeinen Frieden zu schließen, so siehe das, der französischen und englischen Börse einen Wechsel ausstellen, der nur mit Strömen Blut unserer Soldaten eingelöst werden könnte.“

### Mehrere Versammlungen in München.

München, 1. Februar. Die Polizeidirektion München teilt über den Stand des Streiks in München mit: Die Streikbewegung ist keine allgemeine geworden. Eine geringe Zunahme ist zu konstatieren. Im Laufe des Vormittags fanden mehrere Versammlungen statt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Zeltweise aufklarend, jedoch vorwiegend trüb, aber neblig, keine oder nur schwache Niederschläge, am Tage größtenteils trocken, in der Nacht zum Sonntag strenger Frost.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Ruttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reußland; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Bornhards-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhards-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 10.